

Für einen solidarischen Kanton!

In den letzten fünf Jahren hat die regierende rechte Mehrheit der Bevölkerung den Rücken gekehrt und eine Politik betrieben, die vor allem den Grossvermögen und Grossunternehmen zugutekam. Diese Mehrheit in der Regierung hat als einzige Zukunftsversion lediglich Kürzungen bei fundamentalen Leistungen vorgeschlagen. Im Parlament hat sich die Rechte systematisch gegen die von uns vorgeschlagenen sozialen Fortschritte gestellt. Diese Situation ist jedoch keineswegs unabwendbar. Die SP hat an der Seite der Bevölkerung dafür gekämpft, um die Zunahme der Ungleichheiten zu verhindern und die sozialen Errungenschaften zu verteidigen.

Als SP wollen wir in unserem Kanton ein starkes Zeichen der Hoffnung setzen: Die Hoffnung auf eine Gesellschaft, in der alle, unabhängig von ihren Unterschieden, einen Platz finden und in einer Gesellschaft leben können, die auf ihre Bedürfnisse eingeht. Privilegien und Konservatismus setzen wir Solidarität, soziale Gerechtigkeit und die Hoffnung auf einen menschlicheren, egalitäreren und demokratischeren Kanton entgegen.

1) Für eine Gesundheit die kein Luxus ist

Innerhalb von fünf Jahren sind die Krankenkassenprämien in unserem Kanton um 25 % in die Höhe geschneit, was den Zugang zur Gesundheitsversorgung für einen grossen Teil der Bevölkerung immer schwieriger macht. Angesichts dieser Kostenexplosion fordern wir eine tiefgreifende Umgestaltung unseres Gesundheitssystems. Die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten sowie der Freiburger Bevölkerung müssen im Mittelpunkt der Entscheidungen stehen, nicht die finanziellen Interessen einiger weniger Akteure, die vom System profitieren. Gesundheit muss für alle zugänglich sein, in jeder Lebensphase, unabhängig von der Grösse des Geldbeutels. Schliesslich dürfen Prävention und Gesundheitsförderung nicht länger die Stiefkinder unserer Gesundheitspolitik sein, sondern müssen zu wesentlichen Prioritäten werden.

Unsere Massnahmen:

- 1. Einführung einer öffentlichen Krankenkasse und Begrenzung der Krankenkassenprämien auf 10 % des Haushaltseinkommens.**
2. Aufbau eines echten integrierten Versorgungsnetzes und Entwicklung von zugänglichen Gesundheitszentren im gesamten Kanton.
3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne des Pflegepersonals gemäss der Initiative für eine starke Pflege.

2) Für Priorität des Kampfes gegen geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt

In der Schweiz gibt es fast 430'000 Vergewaltigungsopfer. Alle drei Wochen wird hier ein Femizid begangen, und täglich werden mehr als 50 Fälle häuslicher Gewalt registriert. In Freiburg finden täglich zwei Einsätze wegen häuslicher Gewalt statt. Angesichts dieser unerträglichen Realität ist der Kampf gegen sexistische und sexuelle Gewalt eine absolute Dringlichkeit. Er erfordert eine kollektive Mobilisierung, eine umfassende und bereichsübergreifende Strategie sowie starke und ehrgeizige Massnahmen, um Gewalt vorzubeugen, die Opfer zu schützen und die Machtungleichheiten, die sie nähren, nachhaltig zu bekämpfen.

Unsere Massnahmen:

1. **Umsetzung umfassender Präventions- und Aufklärungsprogramme gegen Machismo und geschlechtsspezifische Gewalt bereits im frühesten Kindesalter und in jeder Lebensphase**
2. Massive Erhöhung der Kapazitäten von Notunterkünften
3. Eine umfassende, strukturierte und obligatorische Arbeit mit den Gewalttätern realisieren.

3) Für das Recht auf Wohnen

Der Kanton Freiburg ist einer der letzten Schweizer Kantone, die über keine echte Wohnungspolitik verfügen, sodass der Markt allein entscheidet und sich einige Spekulanten bereichern können. Die Folge: Die Wohnungskrise verschärft sich im gesamten Kanton, die Mieten explodieren und die Missbräuche grosser Vermieter nehmen zu. Eine Wohnung zu einem angemessenen Preis zu finden, wird zu einem wahren Hindernislauf. Dabei ist eine würdige Unterkunft ein Grundrecht. Alle müssen ohne Diskriminierung Zugang zu einer bezahlbaren, qualitativ hochwertigen und den eigenen Bedürfnissen entsprechenden Wohnung haben.

Unsere Massnahmen:

1. **Den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen auf 15% erhöhen, um erschwingliche Mieten zu gewährleisten und Wohnungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen von Senioren und Menschen mit Behinderung entsprechen.**
2. Wohnbaugenossenschaften aktiv unterstützen, insbesondere durch die Bereitstellung von Grundstücken im Baurecht.
3. Dem Kanton und den Gemeinden ein Vorkaufsrecht einräumen, das es ihnen ermöglicht, Grundstücke und Liegenschaften vorrangig zu erwerben, um dort gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen.

4) Für den ökologischen Umstieg

Der Schutz unserer Umwelt ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Wir setzen uns für eine Klima- und Umweltpolitik ein, die der Dringlichkeit der Lage entspricht und sozial gerecht ist. Ein umweltfreundlicher Lebensstil darf kein Privileg sein, das nur denjenigen vorbehalten ist, die es sich leisten können, sondern ein Recht, das allen offensteht. Sich gesund ernähren zu können, in einer energieeffizienten Wohnung zu leben oder von leistungsfähigen effizienten und erschwinglichen öffentlichen Verkehrsmitteln zu profitieren, sollte niemals vom Einkommen oder vom Wohnort abhängen. Mit grossem Ehrgeiz wollen wir glaubwürdige, zugängliche und attraktive Alternativen für die gesamte Bevölkerung entwickeln.

Unsere Massnahmen:

- 1. Eine allgemeine Senkung der Tarife im öffentlichen Verkehr, eine Verdichtung der Nebenstrecken und eine Erhöhung der Kapazität auf den Hauptverkehrsachsen.**
2. Ein gross angelegter Plan für berufliche Ausbildung und Umschulung hin zu nachhaltigen Arbeitsplätzen.
3. Die Abschaffung von Subventionen, die der Biodiversität schaden.

5) Für eine fortschrittliche und inklusive Bildung

Bildung ist die Grundlage des gesellschaftlichen Lebens. Freiburg hat die jüngste Bevölkerung aller Schweizer Kantone. In den letzten Jahren haben tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen neue Herausforderungen mit sich gebracht und die Aufgabe der Schule komplexer gemacht: Zunehmende Ungleichheiten, sich wandelnde Kommunikationsformen, die Zunahme bestimmter Diskriminierungen oder das Auftreten von Erziehungsschwierigkeiten bei vielen Eltern. Da sich die Schule allzu oft in der Debatte um die Digitalisierung verstrickt hat, hat sie nicht die nötige Aufmerksamkeit und die erforderlichen Mittel erhalten, um diesen Herausforderungen umfassend zu begegnen. Dies bedeutet auch, die Betreuung bereits in der frühen Kindheit zu verstärken, insbesondere durch die Gewährleistung eines Platzes in einer Kita und in der ausserschulischen Betreuung für jedes Kind zu einem erschwinglichen Preis, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir wollen die Schule zu einem Ort des gemeinsamen Erfolgs, der Emanzipation und der Entfaltung für alle machen und nicht zu einem bloßen Spiegelbild sozialer Ungleichheiten.

Unsere Massnahmen:

- 1. Der inklusiven Schule die für ihren Erfolg notwendigen Mittel uneingeschränkt zur Verfügung stellen.**
2. Jedem Kind einen Platz in einer Kita und in der ausserschulischen Betreuung zu einem erschwinglichen Preis garantieren.
3. Das Teamunterrichtsmodell ausbauen und die Schülerzahl pro Klasse reduzieren.

6) Für Steuergerechtigkeit

«Freiburg verwöhnt seine Millionäre», titelte kürzlich eine grosse Waadtländer Tageszeitung. Und das aus gutem Grund: In den letzten Jahren hat der Kanton immer wieder Steuersenkungen beschlossen, von denen vor allem die Spitzenverdiener und Grossunternehmen profitierten. Das Ergebnis: Fast 180 Millionen Franken weniger jährliche Einnahmen für die öffentlichen Finanzen, die in eine zugängliche Gesundheitsversorgung, erschwingliche Krippenplätze oder einfach zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen hätten investiert werden können.

Wir wollen dieser Teufelsspirale ein Ende setzen und eine echte Steuergerechtigkeit wiederherstellen, die auf einem einfachen Grundsatz beruht: Jede und jeder muss nach ihren bzw. seinen Möglichkeiten beitragen, um Leistungen zu gewährleisten, die allen zugutekommen.

Unsere Massnahmen:

- 1. Die Steuertabelle neu ausbalancieren, um die Steuerlast für kleine und mittlere Einkommen zu verringern und gleichzeitig die höchsten Einkommen und grossen Vermögen stärker zur Kasse zu bitten.**
2. Eine Erbschaftssteuer für Vermögen über 5 Millionen einführen.
3. Eine spezialisierte Einheit zur Bekämpfung von Steuerbetrug einrichten.

7) Für Solidarität, gegen prekäre Lebensverhältnisse

Prekäre Lebensverhältnisse nehmen in unserem Kanton zu. Aufgrund steigender Krankenkassenprämien, Mieten und Lebenshaltungskosten kommt ein wachsender Teil der Bevölkerung selbst mit Arbeit nicht mehr über die Runden. Diese materielle Unsicherheit geht immer mit sozialer Isolation, Verzicht und einem Verlust an Würde einher. Wir lehnen diese Zwangsläufigkeit ab. Wir wollen einen Kanton, in dem sich die Sozialpolitik nicht auf ein letztes Sicherheitsnetz oder einen administrativen Hindernisparcours beschränkt, sondern ein Hebel zur Emanzipation ist, ein echtes Sprungbrett zu Selbstständigkeit und Inklusion.

Unsere Massnahmen:

- 1. Die Auszahlung von Sozialleistungen (Krankenkassen-Prämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen) auf der Grundlage der Steuererklärungen automatisieren.**
2. Eine integrierte kantonale Betreuungsstruktur aufbauen, die Lösungen für berufliche Ausbildung oder Neuorientierung anbietet.
3. Die Ressourcen des Amts für Kinder und Jugend massiv aufstocken, um die Interventionsfristen zu verkürzen und die Prävention zu stärken.

8) Für die Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Jedes errichtete Gebäude, jede funktionierende Schule und jeder in unserer Gesellschaft zirkulierende Reichtum sind das Ergebnis der unermüdlichen Arbeit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Diese Mehrheit, die unsere Welt am Laufen hält, erhält jedoch nur einen winzigen Bruchteil der Früchte ihrer Anstrengungen. Wir wollen mit diesem Modell brechen, in dem Profit das einzige Ziel ist und in dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur eine Anpassungsvariable darstellen. Wir wollen eine Wirtschaft erschaffen, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und allen fairen Arbeitsbedingungen, existenzsichernde Löhne und Gesundheit am Arbeitsplatz garantiert.

Unsere Massnahmen:

- 1. Ein Massnahmenplan zur Gewährleistung der psychischen und physischen Gesundheit am Arbeitsplatz, der die Kontrollen psychosozialer Risiken, die Bekämpfung von Belästigung, den Zugang zu psychologischer Betreuung sowie die Prävention von Arbeitsunfällen verstärkt.**
2. Einführung eines Gesetzes und von Kontrollen zur Lohngleichheit zwischen Frau und Mann.
3. Einführung eines kantonalen Mindestlohnes und Übernahme einer aktiven Rolle bei der Ausarbeitung von Gesamtarbeitsverträgen.

9) Für einen humanistischen und integrativen Kanton

Freiburg ist ein Ort der Gastfreundschaft, geprägt von den Menschen, die hier leben, arbeiten und ihre Zukunft gestalten. Wir setzen uns für eine humanistische, solidarische und verantwortungsvolle Migrationspolitik ein, die auf Inklusion und der Achtung der Würde jedes Einzelnen basiert. Fernab von instrumentalisierten Ängsten wollen wir eine offene Gesellschaft, in der alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Status, ihren Platz finden und uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Unsere Massnahmen:

- 1. Einführung des Stimmrechts für Personen mit einer C-Bewilligung.**
2. Umsetzung eines Programms zur Regularisierung von Sans-Papiers.
3. Antirassistische Bildung und Sensibilisierung auf allen Ebenen der Gesellschaft zu einer Priorität machen.

10) Für eine Demokratisierung von Kultur und Sport

Kultur und Sport sind wesentliche Säulen des sozialen Zusammenhalts sowie der individuellen und kollektiven Emanzipation. Sie dürfen nicht nur einigen wenigen vorbehalten sein oder ausschliesslich der Marklogik unterworfen werden, sondern müssen uneingeschränkt als Rechte anerkannt werden, die allen zugänglich sind. Wir wollen eine ehrgeizige Politik, die Kreativität und Vielfalt fördert, das Laienengagement wertschätzt und das Vereinswesen stärkt, während gleichzeitig die finanzielle, soziale und räumliche Zugänglichkeit gewährleistet wird.

Unsere Massnahmen:

- 1) Einführung eines echten Kulturpasses, der einen erweiterten und gerechten Zugang zur Kultur für alle garantiert.**
- 2) Vollständige Anerkennung des Status von Kulturschaffenden mit würdigen und sicheren Arbeitsbedingungen und Vergütungen.
- 3) Erhöhung der Fördermittel für den Frauensport und den Behindertensport.